

**Satzung der Stadt Rosenheim  
über die Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre zum  
Bebauungsplan Nr. 188 „Happinger-Au-Straße Süd“ vom 22.11.2018 in der  
Fassung der 1. Änderungssatzung vom 25.07.2019**

**vom 01.10.2020**

Die Stadt Rosenheim erlässt aufgrund der §§ 14, 16 und 17 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern i. d. F. der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl S. 796), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 38 der Verordnung vom 26.03.2019 (GVBl S. 98) folgende Satzung über die Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 188 „Happinger-Au-Straße Süd“ vom 22.11.2018 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 25.07.2019.

**§ 1**

**Verlängerung der Veränderungssperre**

- (1) Die Geltungsdauer der bestehenden Satzung der Stadt Rosenheim vom 22.11.2018 über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 188 „Happinger-Au-Straße“ vom 22.11.2018 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 25.07.2019, bekannt gemacht im Rosenheimer Amtsblatt Nr. 02 vom 22.01.2019 Seite 12 ff und im Amtsblatt Nr. 19 vom 06.08.2019 215 ff, wird um ein Jahr verlängert.
- (2) Die Jahresfrist für die Verlängerung der Veränderungssperre beginnt mit Ablauf der bisherigen Geltungsdauer der Veränderungssperren vom 22.11.2018/25.07.2019.

**§ 2**

**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

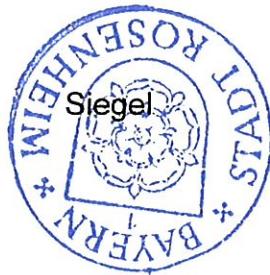
- (1) Diese Satzung tritt am Tag ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Die Satzung tritt außer Kraft, sobald und soweit der für den Geltungsbereich dieser Satzung aufzustellende Bebauungsplan rechtsverbindlich geworden ist, spätestens jedoch nach Ablauf eines Jahres.

Der Stadtrat hat die Satzung am 30.09.2020 beschlossen.

**Hinweis gemäß § 18 Abs. 3 BauGB:**

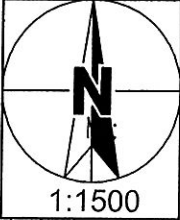
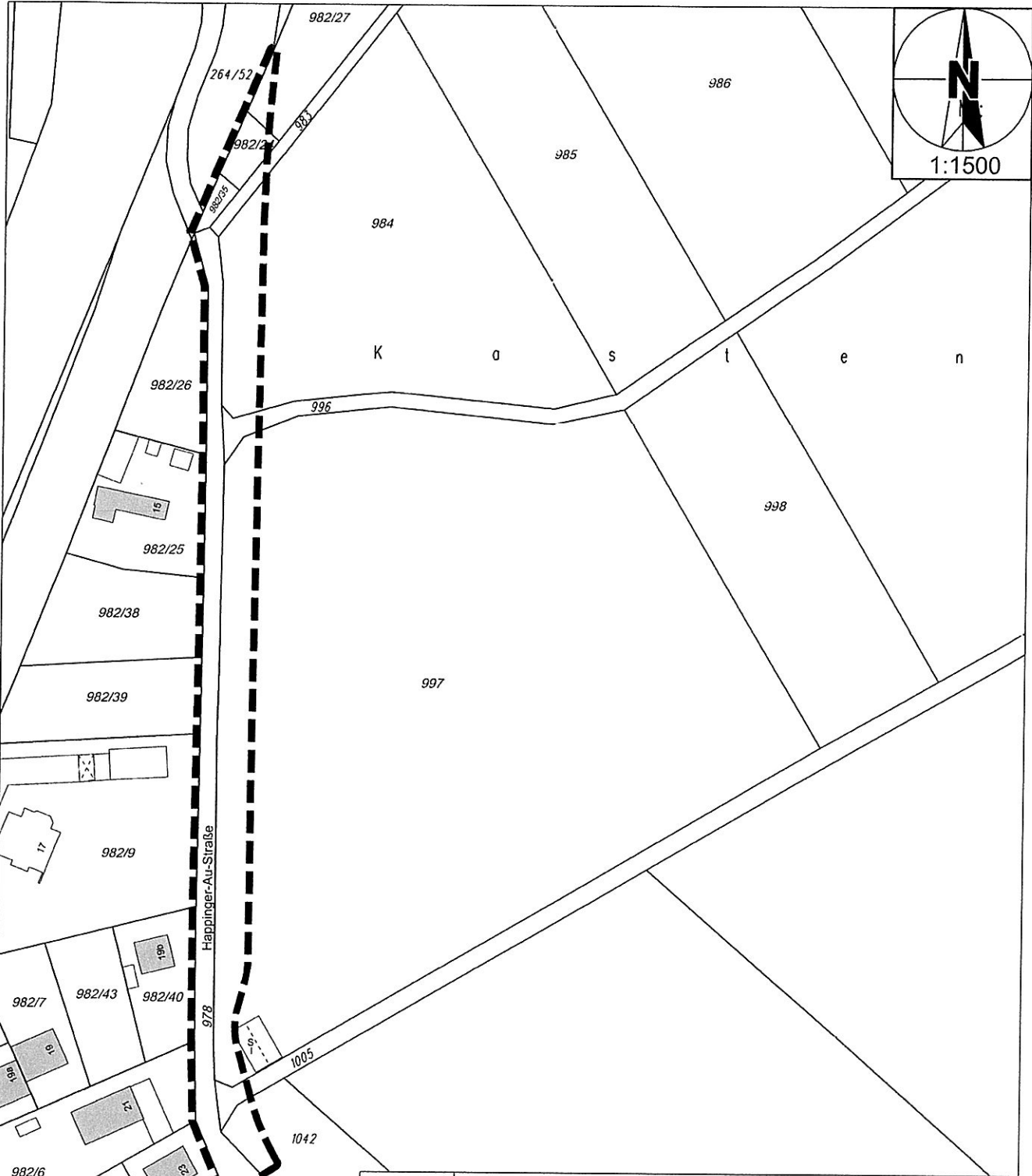
Dauert die Veränderungssperre länger als vier Jahre über den Zeitpunkt ihres Beginns oder der ersten Zurückstellung des Baugesuchs nach § 15 Abs. 1 BauGB hinaus, so ist den Betroffenen für dadurch entstandene Vermögensnachteile eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten (§ 18 Abs. 1 BauGB). Der Entschädigungsberechtigte kann die Entschädigung verlangen, wenn die im vorangegangenen Satz bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei der Stadt Rosenheim (Stadtplanungsamt) beantragt (§ 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB).

Rosenheim, den 01.10.2020



*A. März*

Andreas März  
Oberbürgermeister



## Stadt Rosenheim

Geltungsbereich der Satzung vom ....01.10.2020...  
 über die Verlängerung der Veränderungssperre  
 zum Bebauungsplan Nr. 188 "Happinger-Au-  
 Straße Süd" vom 22.11.2018 in der Fassung  
 der 1. Änderungssatzung vom 25.07.2019



Andreas März  
 Oberbürgermeister

*R. Nolasco*

Robin Nolasco  
 Stadtplanungsamt: 20.08.2020